



Frankreich: Lex Pfizer droht mit bis zu drei Jahren Haft

Description

Am zurückliegenden Freitag hat die französische Nationalversammlung mit Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, das Alternativmedizin in Frankreich unter drakonische Strafen stellt. Er muss noch den französischen Senat und den Konstitutionsrat passieren.

Der Gesetzentwurf „zur Verstärkung der Bekämpfung von gefährlichen sektiererischen Entwicklungen“ (französisch *dérive sectaire*) geht auf eine Initiative der französischen Regierung von Emmanuel Macron zurück. Wenn das Gesetz so durchgeht, schreibt ein Leser (herzlichen Dank!), ist in Frankreich nur noch Schulmedizin erlaubt, sowohl in der Behandlung als auch in der Prophylaxe.

Auch impfkritische Beiträge in den Medien und andere öffentliche Äußerungen können dann bestraft werden.

Der Gesetzentwurf sieht u.a. vor, nach Artikel 223-1-1 des Strafgesetzbuchs Artikel 223-1-2 einzufügen, der wie folgt lautet: „Die Aufforderung, eine therapeutische oder prophylaktische medizinische Behandlung abzubrechen oder zu unterlassen, wird mit einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und einer Geldstrafe von 15.000 Euro geahndet, wenn dieser Abbruch oder diese Unterlassung als vorteilhaft für die Gesundheit der betroffenen Personen dargestellt wird, wenn sie nach dem Stand der medizinischen Erkenntnisse eindeutig geeignet ist, schwerwiegende Folgen für ihre physische oder psychische Gesundheit zu haben, wobei die Krankheit, an der sie leiden, zu berücksichtigen ist.“ Bei strafverschärfenden Umständen gilt eine Verdreifachung der angedrohten Konsequenzen.

Die Franzosen nennen es „Lex Pfizer“, schreibt der Leser. Vordergründig geht es darum, den Patienten vor Scharlatanen zu schützen. Wer ein Scharlatan ist, bestimmen die Gesundheitsbehörden, die wiederum eng mit der Pharmaindustrie und hier natürlich eng mit den Impfstoffherstellern, Pfizer & Co, verwoben sind.

Marine Le Pen, die Vorsitzende der Fraktion „Rassemblement National“, hat sich gegen den Gesetzentwurf positioniert. Sie griff den ehemaligen Gesundheitsminister [Olivier Véran](#) an, der den Gesetzentwurf begründete und unter dem Beifall seiner Kollegen der parlamentarischen Mehrheit Professor Didier Raoult als „Scharlatan der Canebière“ desavouierte: „Er hat es gewagt, über Herrn Raoult zu sprechen. Also werden wir über Professor Raoult sprechen, denn das ist ein grundlegendes Thema. Aber sagen Sie mir, gibt es nicht ein paar Minister, die von Professor Raoult behandelt wurden? Gibt es nicht einige Ihrer großen Bürgermeister, Vorsitzenden der Regionalräte, die von Professor Raoult behandelt wurden? Gibt es nicht einen Staatspräsidenten, der hingegangen ist, um Professor Raoult die Ehre zu erweisen? Und



jetzt ziehen Sie ihn in den Dreck." Raoult, ehemaliger Leiter des IHU in Marseille, sprach sich bei der Behandlung von Covid-19 für Hydroxychloroquine und Azithromycin aus (siehe [hier!](#)).

Der deutsche Gesundheitsminister Lauterbach hat ähnlich totalitäre Absichten für Deutschland.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch: Es war Macron, der in seiner Zeit als Rothschild-Banker einen milliarden-schweren Deal zwischen Pfizer und Nestlé einfädelt. Nestlé kaufte Pfizer die Babynahrungssparte für 11 Mrd. Dollar ab. Macron erhielt damals eine sehr üppige Provision.

Weitere Quellen:

- „[Que dit le nouvel article 4 de la loi sur les dérives sectaires?](#)“
- „[A quoi fait référence Marine Le Pen quand elle évoque «quelques ministres soignés par le docteur Raoult»?](#)“
- Michel Chossudovsky: „[Frankreichs Gesetzesentwurf – Bürger, die sich gegen den Covid-19-Impfstoff aussprechen: 3 Jahre Gefängnis und 45.000 € Geldstrafe](#)“

Nachtrag

Morgen verhandelt der deutsche Bundestag über [zwei Anträge zum geplanten Pandemieabkommen der WHO](#). Die CDU/CSU beantragt, Investitionen in die Stärkung und nachhaltige Finanzierung der WHO voranzutreiben, sodass sie ihre Funktion bei der Reaktion auf pandemische Bedrohungen erfüllen kann. Außerdem soll aktiv die negativen Auswirkungen von „gesundheitsbezogenen Fehlinformationen und Hassreden“ vorgegangen werden. Man kann auch Zensur dazu sagen.

Die AfD-Fraktion beantragt, das Abkommen abzulehnen.

Zum Vorhaben der WHO siehe [hier!](#)